Stadt Dortmund

Positionspapier der deutschen Großstädte:
Neue Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Wachsender privater Konsum, Rekordbeschäftigung im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und steigende Löhne werden auch für die nächsten Jahre prognostiziert. Viele Forschungsinstitute sprechen bereits von einem deutschen Jobwunder. Der Befund der konkreten Situation auf den Arbeitsmärkten in unseren Städten ist jedoch ebenso eindeutig wie einhellig: Der weitere Aufschwung und das sogenannte Jobwunder gehen insbesondere an den Langzeitarbeitslosen vorbei.

Auch in unseren Städten und Kreisen wuchs die Zahl der Beschäftigten in den zurückliegenden fünf Jahren kontinuierlich an. Viele Kommunen können tatsächlich Rekordzahlen bei den Beschäftigen vermelden. In anderen Kommunen sind nach erheblichen Arbeitsplatzverlusten durch industrielle Strukturbrüche wieder Beschäftigtenzahlen, wie zuletzt Anfang der achtziger Jahre, erreicht worden. Gleichzeitig ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen jedoch nicht entsprechend zurückgegangen. Im Gegenteil, in den meisten Städten und Kreisen ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen sogar gestiegen. Ein wesentlicher Grund, neben sogenannten „Mismatch“-Problematiken zwischen Arbeitsstellen und Arbeitslosen, ist im weitgehenden Zusammenbruch des sogenannten Helferarbeitsmarktes, also des Arbeitsmarktes für geringqualifizierte Helfertätigkeiten zu suchen.

Der Arbeitsmarkt für Helfertätigkeiten hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren nachdrücklich verändert:

Helfertätigkeiten in den Unternehmen werden in Deutschland verstärkt von Fachkräften oder von Maschinen, Computern und Robotern übernommen. Für Langzeitarbeitslose die heute zwischen 25 und 55 Jahre alt sind und nicht über eine entsprechende Qualifizierung verfügen, gibt es keinen ausreichend aufnahmefähigen Helferarbeitsmarkt mehr. Die Folge ist, dass es immer weniger offene Stellen für Helfer am Arbeitsmarkt gibt. Das IAB und andere Experten gehen davon aus, dass wir in 2025 einen Nachfrageüberhang von rund 1,3 Millionen Menschen mit Helferniveau auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt haben werden.

Hinzu kommt, dass sich auch auf dem kleiner gewordenen Arbeitsmarkt für Helfertätigkeiten, die Anforderungen drastisch gewandelt haben. Waren die Routinetätigkeiten in den zurückliegenden Jahren weitgehend von spracharmer Muskelarbeit dominiert, sind Helfertätigkeiten heute eher von technikgestützter Kommunikationsarbeit geprägt. Viele der gering qualifizierten Menschen verfügen zudem gerade nicht über die individuellen Möglichkeiten, sich diesen Veränderungen durch Schulungen anzupassen.

In unseren Kommunen führt diese Entwicklung des Arbeitsmarktes dazu, dass Menschen mit einer niedrigen Grundqualifizierung die lediglich zur Aufnahme von Helfertätigkeiten ausreicht, kaum oder häufig gar keine Chance haben in eine reguläre, sozialversicherte

Beschäftigung zu gelangen. Diese Entwicklung zeigt sich in der Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit und in einem strukturellen Anstieg der Arbeitslosen mit SGB-II Bezug gegenüber Arbeitslosen mit SGB-III Bezug. Wir stellen fest, dass dieser strukturelle Effekt unabhängig von der Höhe der gesamten Arbeitslosenquote existiert. Auch in Städten mit einer deutlich niedrigeren Arbeitslosenquote als im Bundesdurchschnitt existieren kaum noch aufnahmefähige Helferarbeitsmärkte.

Darüber hinaus gibt es unter den Langleistungsbeziehern eine nennenswerte Personengruppe, die allein aufgrund der rentenrechtlichen Definition der Arbeitsfähigkeit von 3 Stunden/Tag im SGB II – Bezug steht. Es ist vollkommen unrealistisch davon auszugehen, dass diese Menschen jemals wieder unter den regulären Bedingungen des Arbeitsmarktes vermittelt werden können, auch nicht in Helferstellen.

Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit löst vielfältige soziale Folgeproblematiken aus und verschwendet die Potentiale vieler Menschen.

Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit führt zum Verlust von Arbeitskraftpotentialen für unsere Standorte und zum Anstieg von Bedürftigkeit und der Anzahl von Menschen die in Bedarfsgemeinschaften leben. Der Effekt ist eine niedrigere Beschäftigungsquote, gepaart mit einer hohen Kostenquote der Sozialleistungen in den kommunalen Haushalten.

Die beschriebene strukturelle Diskrepanz auf den lokalen Arbeitsmärkten, lässt sich weder mit den herkömmlichen Arbeitsmarktinstrumenten wie Arbeitsgelegenheiten, Förderung von Arbeitsverhältnissen oder Bürgerarbeit noch mit bestehenden Mitteln der Qualifizierung auflösen. Die durch die Bundesregierung in 2015 vorgelegten Arbeitsmarktprogramme gehen sowohl in ihrer Dimension, als auch in ihrer Stoßrichtung an den strukturellen Problemen am Arbeitsmarkt vorbei. Die heutige Form der Langzeitarbeitslosigkeit hat strukturelle Ursachen, sie lässt sich mit Mitteln der Individualförderung oder -forderung nicht mehr lösen.

Wir brauchen daher eine nationale Initiative für eine grundsätzliche Neuorientierung der Arbeitsmarktförderung für Langzeitarbeitslose in Deutschland. Im Zentrum dieser Initiative muss der Aufbau eines "Kommunalen Arbeitsmarktfonds" stehen. Dieser "Kommunale Arbeitsmarktfonds" muss mit Mitteln des Bundes ausgestattet und als Ergänzung zum kommunalen Investitionsprogramm aufgebaut werden. Die Mittel für den Fonds sollten sich aus den Infrastrukturprogrammen und aus Mitteln des Passiv-Aktiv-Transfers speisen. Die Mittel des Kommunalen Arbeitsmarktfonds versetzen die Kommunen in die Lage, zu zahlungsfähigen Nachfragern nach personalintensiven Dienstleistungen in der Stadt zu werden. Dazu zählen wir Leistungen im Bereich Quartiers-Service, Assistenzdienste wie Bringdienste und Kümmerer, Grünpflege und Landschaftsreparatur, Altbausanierung und Inwertsetzung von Immobilien etc.

Mit Mitteln aus den Fonds wären die Kommunen in der Lage, Dienstleistungen in diesem Bereich bei privaten Betrieben auszuschreiben, und dabei den Einsatz von Langzeitarbeitslosen als Auftragsbedingung vorzugeben. Gleichzeitig verpflichten sich die Kommunen, die vom Bund zugewiesenen Fondsmittel in ihrer Stadt mit Mitteln aus der eingesparten Kosten der Unterkunft entsprechend aufzufüllen.

Mit der Schaffung eines "Kommunalen Arbeitsmarktfonds" ist ein neuer, marktgerechter Weg für neue Helferarbeitsplätze in den Kommunen möglich unter Berücksichtigung eines erwerbswirtschaftlichen Wettbewerbs!